



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 8. März 2021

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2021

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Verabschiedung dieses Haushaltsplans 2021 ist vieles anders: Wir tagen in der neuen Tonhalle statt im Sitzungssaal des Landratsamts, draußen stehen Märzenbecher statt Christbäume und die Sitzung findet – ganz die schöne neue Welt – im Hybridmodus statt. Der größte Unterschied ist aber der Wechsel aus einer langen Konjunkturphase mit stetigem Wachstum in eine Situation mit angeordnetem Lockdown, mit starken wirtschaftlichen Einbrüchen, mit Existenzängsten und mit großen persönlichen Einschränkungen. Dies spiegelt sich auch in den Haushaltsberatungen wider. Bereits im vergangenen Mai 2020 wurden Sofortmassnahmen beschlossen, um die Kreisfinanzen an die neue wirtschaftliche Situation anzupassen. Hinzu kam im Herbst die Einrichtung einer Haushaltstrukturkommission die in mehreren Sitzungen mögliche Änderungen in der Finanzplanung diskutierte. Dabei ergaben sich für den Ergebnishaushalt 2021 mögliche Einsparungen von ca. 3 Millionen € und für den aktuellen Finanzhaushalt Veränderungen von knapp 2 Millionen €. Nach der offiziellen Einbringung des Haushaltsplanentwurfs im Dezember 2020 wurden dann in den Ausschussberatungen weitere Änderungen vorgenommen sowie aktuelle Entwicklungen eingearbeitet. Insgesamt führten diese Beratungen im Ergebnishaushalt zu einer Veränderung von 3 Millionen €. Im Finanzhaushalt wurden im Rahmen der Ausschussberatungen knapp 280.000 € höhere Ausgaben beschlossen. Alles zusammengenommen führte dies beim Ergebnishaushalt zu einem Gesamtvolume von mehr als 302 Millionen € verbunden mit einem deutlich verbesserten Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 9,8 Millionen € und zu einem Investitionsvolumen in Höhe von fast 21,4 Millionen €. Unter der Annahme, dass sowohl die Darlehensaufnahmen wie auch der Hebesatz der Kreisumlage unverändert bleiben, ergibt sich dabei eine deutliche Verbesserung des Finanzierungsmittelbestands auf mehr als 2,5 Millionen €. Dieser Abschluss der Ausschussberatungen war aber lediglich als weiteres Zwischenergebnis zu sehen, weil aus dem Kreistag heraus immer noch Änderungswünsche anstehen.

Um was geht es dabei? Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren viele Großprojekte realisiert. Es erfolgte beispielsweise der Bau eines Glasfaser-Backbones, der mittlerweile mit einem flächigen Glasfaserausbau auf Gemeindeebene fortgesetzt wird. Ein anderes Großprojekt war die Elektrifizierung der Breisgau S-Bahn, die mittlerweile baulich abgeschlossen ist. Doch in anderen Bereichen des ÖPNV stehen weitere große Aufgaben an. Dabei geht es nicht nur um die Elektrifizierung und den Ausbau des Ringzugs, sondern auch um die Umsetzung des Nahverkehrsplans sowie neue Verbund- und Tarifstrukturen auf regionaler Ebene. Obwohl hier bisher ein breiter Konsens in den politischen Gremien herrscht, werden diese Projekte nicht nur hohe Investitionen, sondern auch erhöhte betriebliche Aufwendungen erfordern. Gleichzeitig werden im Bildungsbereich (teilweise auch mit hohen Landeszuschüssen) Schulgebäude saniert, die Digitalisierung vorangetrieben oder in der Landesberufsschule die Internatsküche erneuert. Auch die Sanierung des Postgebäudes weist mit insgesamt 10 Millionen € ein erhebliches Investitionsvolumen auf. Kurzum: All diese Projekte binden erhebliche finanzielle Mittel.

Auch beim finanziellen Schwerpunkt des Landkreises, dem Bereich der sozialen Sicherung, sind viele Dinge in Veränderung. Speziell die Auswirkungen des reformierten Bundesenteilhabegesetzes sind aus unserer Sicht noch nicht vollständig abschätzbar. Im Plankonzept geht man von einer Kostensteigerung von 10 % auf netto 39,1 Millionen aus, was durchaus beachtlich erscheint. Ein anderes Beispiel sind die KdU - Kosten (d.h. die Zuschüsse für „Unterkunft und Heizung“) die von 17,9 Millionen € auf 27,7 Millionen € ansteigen. Obwohl der Bund mittlerweile mehr als 75 % dieser Kosten übernimmt, sind solche Steigerungen eine große Herausforderung. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch aus dem Bereich der „Hilfe zur Pflege“ ableiten. Mit Inkrafttreten des „Angehörigen-Entlastungsgesetzes“ werden die Angehörigen nur noch ab einem Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro zu Unterhaltszahlungen herangezogen, was die finanzielle Situation für den Landkreis in diesem Bereich nicht gerade verbessert.

Mit diesen Beispielen ist jedoch die bedrohlichste Entwicklung im Sozialbereich noch gar nicht angesprochen: Die aktuelle wirtschaftliche Lage und - daraus abgeleitet - die soziale Situation vieler Menschen angesichts des andauernden Lockdowns. Selbstverständlich wird dies gravierende Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben. Was bisher bei der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ schon absehbar ist, wird sich weiter verschärfen. Es werden zunehmend neue Antragsteller auftauchen, die früher fern jeder Hilfsbedürftigkeit waren. Die Bruttoaufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung liegen kalkuliert bei voraussichtlich 172 Millionen €, was netto einem Betrag von 112,8 Millionen € entspricht. Die Sozial-Transferleistungsquote liegt aktuell bei ca. 32 % und man muss kein Hellseher sein, um hierbei eine weitere Steigerung in den kommenden Jahren vorherzusagen.

Damit wären wir wieder bei der Kernkompetenz des Landkreises: Diese besteht nicht nur darin, die gesetzlich festgeschriebenen Leistungen im Sozialbereich ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Gerade im sozialen Bereich gibt es sinnvolle weitergehende Ansatzpunkte, die sich mit Begriffen wie „Prävention, Hilfe zur Selbsthilfe, niederschwellige Angebote“ und nicht zuletzt auch „vermeidbare zukünftige Folgekosten“ umschreiben lassen. Deshalb hat uns die Diskussion um die Kürzung der freiwilligen Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich sehr befremdet: Hier wird in der Regel mit relativ geringen Zuschussbeträgen ein hoher gesellschaftlicher Mehrwert erzielt. Durch die Einbeziehung ehrenamtlicher Leistungen und den umfassenden Dialog mit den Betroffenen geht dies in der Wirkung weit über rein finanzielle Transferleistungen hinaus. In den bezuschussten Bereichen werden i.d.R. Fähigkeiten erworben, Kompetenzen gestärkt, Bildung vermittelt, kulturelle Vielfalt gepflegt und Motivation aufgebaut, was elementare Voraussetzungen für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben und ein Mittel zur Dämpfung weiterer gesellschaftlicher Spaltungstendenzen ist. Angesichts der aktuellen Situation wäre es sinnvoll und vorausschauend, die Anstrengungen in diesem Bereich zu intensivieren. Eine Reduktion kommt im Rahmen einer Gesamtschau für uns jedenfalls nicht in Frage.

Wir alle sind kommunal verankert und realistisch genug, um auch die momentane Situation der Städte und Gemeinden einschätzen zu können. Es stimmt, dass sich viele Gemeinden derzeit in einer schwierigeren Situation als der Landkreis befinden. Zudem sind Gemeindehaushalte i.d.R. auch deutlich schneller von wegbrechenden Einnahmen betroffen. Zur Vollständigkeit einer Analyse gehört aber auch die Feststellung, dass ein Teil der finanziellen Probleme in den Gemeinden hausgemacht ist und der Landkreis Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen auf Gemeindeebene weder kompensieren kann noch kompensieren sollte.

Trotz dieser Einschränkung steht unsere Fraktion zum Prinzip der kommunalen Solidarität. Wir haben in der Fraktion hierzu intensiv diskutiert und auch heftig gerungen. Einerseits befindet sich der Landkreis derzeit noch in einer vergleichsweise guten finanziellen Verfassung. Es stehen im sozialen Bereich aber Aufgaben an, die schon mittelfristig weit über den heutigen Umfang hinausgehen könnten. Andererseits befindet sich ein Teil der Gemeinden bereits jetzt in einer vergleichsweise schlechten Finanzsituation, ohne dass dabei eine kurzfristige Entspannung in Sicht wäre.

Als Kompromiss sind wir deshalb in unserer Fraktion zum Ergebnis gekommen, dass wir in dieser Situation eine Kürzung der Kreisumlage um maximal 0,5 Punkte mittragen könnten. Es ist klar, dass eine solche Entscheidungen spätestens mittelfristig zu einem entsprechenden Anstieg der Landkreisverschuldung führen wird und damit dann auch der

zukünftige Handlungsspielraum des Kreistags eingeengt wird. Im Rahmen einer Abwägung und vor dem Hintergrund der ernsten Gesamtsituation halten wir eine solche Vorgehensweise aber noch für vertretbar.

Da diese Haushaltsrede nicht zu lang geraten soll, möchte ich zu verschiedenen Themenbereichen noch stichwortartig unsere Position darlegen.

- Wir befürworten den vorgesehenen Stellenplan. Aufgabenkritik, sinnvolle Modifikationen und notwendige Verbesserungen sollten aus unserer Sicht primär inhaltlich und nicht mit der Zielrichtung von Stellenkürzungen erfolgen. Eine (geplant) verzögerte Wiederbesetzung von frei gewordenen Stellen sehen wir kritisch.
- Die für das Jahr 2021 vorgesehenen Investitionen in die Infrastruktur (Strasse, Schiene, E-Mobilität, Verwaltungsgebäude, Schulen und viele weitere Beschaffungen) finden unsere Zustimmung. Zudem hoffen wir, dass nachhaltige Ansätze im Bereich ÖPNV, Verkehrs- und Tarifverbund sowie vernetzter Mobilität bald realisiert werden.
- Unsere wirtschaftliche Basis ist durch die derzeitige Ausnahmesituation stark gefährdet. Auch der Landkreis ist hiervon direkt und indirekt betroffen und sollte neben der Covid - Gefahrenabwehr auch Konzepte zur Rückkehr in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Normalität entwickeln. Diese Rückkehr ist kein Selbstläufer und sie wird nur mit vereinten Anstrengungen gelingen.
- Neben der besonderen Belastung durch die Pandemiemaßnahmen wird auch mit der Digitalisierung und der Transformation bisheriger Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbereiche ein harter Strukturwandel erzwungen. Sollte dies gesellschaftlicher Konsens sein, müssten zumindest sozialverträgliche Übergangslösungen gewährleistet werden. Viele neue Technologien sind funktional und bezüglich ihrer Auswirkungen nur schwach abgesichert, werden aber mit viel öffentlichem Geld in den Markt gedrückt. Das ist nicht in Ordnung. Zuletzt hatten wir das lokal am Beispiel VIAS (Hahn-Schickard – Gesellschaft) thematisiert.
- Nachhaltige Konzepte im Bereich Landwirtschaft und Naturschutz sind kein Luxus, sondern müssen zusammen mit einer guten Forstbewirtschaftung und flankiert durch Klimaschutzprojekte unsere Lebensgrundlage absichern.
- Neue Konzepte im Sozial- und Jugendhilfebereich, teilweise auch auf Basis neuer gesetzlicher Regelungen, sind in ihren konkreten Auswirkungen oft nur schwer abschätzbar. Dies umfasst sowohl fachliche als auch organisatorische und finanzielle

Aspekte. Angesichts des Stellenwerts dieses Aufgabengebiets sollte der Kreistag noch enger damit vertraut werden.

- Die Vorfinanzierung von 25,3 Mio. € für die Höllentalbahn sehen wir kritisch, auch wenn im Jahr 2022 ein wesentlicher Betrag von den anderen Vorhabensträgern zurückfliessen soll. Da sich die gesamte Rückzahlung bis mindestens ins Jahr 2024 erstrecken wird, sollten wir bei zukünftigen Projekten auf einen schnelleren Mittelrückfluss drängen.
- Angesichts der grossen finanziellen Verwerfungen auf allen Ebenen können wir uns in dieser Situation nicht vorstellen, auf einen Doppelhaushalt überzugehen. Es wir im Gegenteil zunehmend die Notwendigkeit entstehen, kurzfristig auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu müssen.

Insgesamt erwarten wir vor allem im Sozialbereich in den kommenden Jahren stark ansteigende Belastungen. Dies wird den Landkreis deutlich fordern und betrifft den Kernbereich der Landkreisaufgaben. In einer derart absehbaren Situation sollte die Leistungsfähigkeit des Kreises nicht durch Mittelkürzungen eingeschränkt werden. Wir appellieren deshalb an die anderen Fraktionen, bei der Finanzausstattung des Kreises auch diese Aspekte zu berücksichtigen.

Je nach Verlauf und Ausgang der Debatte werden wir in diesem Jahr situativ entscheiden müssen, ob wir dem Haushalt 2021 zustimmen können.

Wie immer gilt unser herzlicher Dank dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen. Im Namen unserer Fraktion bedanke ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser
für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:5 Seite(n), 1612 Wörter, 10808 Zeichen